

zu TOP 19: „Kürzung der Regionalisierungsmittel für den SPNV“

Der Regionalrat beschließt folgende Resolution:

1. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung auf, den dem Land NRW zustehenden Teil der Mehreinnahmen aus der bevorstehenden Mehrwertsteuererhöhung in angemessenem Umfang für die Nutzung des Schienenpersonennahverkehrs einzusetzen.
2. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung auf, sich bei der nächsten Revision der Regionalisierungsmittel um eine Neuverteilung der Mittel unter den Bundesländern zu bemühen, die der Größe des bevölkerungsreichsten Bundeslandes gerecht wird.
3. Der Regionalrat Arnsberg fordert die Landesregierung und die Zweckverbände auf, den jährlichen Finanzierungsplan durch einen SPNV-Finanzierungsvertrag zu ersetzen, um den Zweckverbänden Planungssicherheit für die nächsten Jahre zu verschaffen.
4. Der Regionalrat Arnsberg erwartet eine klare Aussage der Landesregierung und der Zweckverbände, dass die Schienenverbindungen des ländlichen Raumes und der Ballungsrandbereiche ein Teil der infrastrukturellen Grundausstattung sind und ein wichtiges Element der Daseinsvorsorge für die Menschen, die außerhalb der Verdichtungsräume wohnen und arbeiten.
5. Der Regionalrat fordert die Zweckverbände auf, sich im Interesse einer effektiven Struktur weiter zu modernisieren und so ihre Effizienz weiter zu erhöhen.